

Die Fragen stellt **Achim Wolters**, 19, Politikstudent aus Hannover

Achim Wolters:

Frau Bundeskanzlerin, nächsten Mittwoch halten Sie die Festrede zum zehnjährigen Bestehen der Initiative „wellcome“. 2007 haben Sie die Schirmherrschaft übernommen. Warum liegt Ihnen dieses Projekt besonders am Herzen?

Bundeskanzlerin Angela Merkel:

Mir hat dieses Projekt von Anfang an sehr gefallen bzw. es hat einen sehr guten Eindruck gemacht, weil es eine Initiative ist, die sozusagen im praktischen Leben ansetzt. Die Entstehung beruht darauf, dass beobachtet wurde, dass viele Eltern, die sich sehr auf ihr Kind gefreut haben, dann, als die Babies da waren, doch ziemlich viele Turbulenzen hatten – mit der Organisation nicht so richtig klar gekommen sind und einfach Hilfe brauchten. Und das ist nicht Hilfe gewesen, wo man sagt: Hier muss das Jugendamt etwas tun und kann vielleicht die Hebamme noch etwas tun, sondern dass man einfach eine ehrenamtliche Begleitung hat – und das ist „wellcome“. Und „wellcome“ hat einen positiven Ansatz – wie man an dem Wort schon sieht: Willkommen –, und diese Willkommenskultur wird gelebt von denen, die ehrenamtlich für „wellcome“ arbeiten. Deshalb finde ich das toll. Und immerhin sind im letzten Jahr, 2011, 3.500 Familien betreut worden. Das ist eine tolle Sache.

„wellcome“ will Verantwortung übernehmen und dort helfen, wo keine Hilfe ist. Doch ist es nicht Aufgabe des Sozialstaates, dieser Verantwortung – für seine Bürger zu sorgen – mit aller Kraft nachzukommen?

Ja, natürlich ist es zuerst einmal die Aufgabe auch des Staates, dort, wo akute Hilfe nötig ist, diese Hilfe zu leisten – das wird gemacht. Wir haben die rechtlichen Rahmenbedingungen zum Beispiel durch das Kinderschutzgesetz, wir haben die Jugendämter, wir haben die Untersuchungen für Babies und kleine Kinder, wo immer wieder geschaut wird, wie kommen wir voran. Aber es zeigt sich eben, dass wir, wie so oft in der sozialen Arbeit, auch eine Mischung haben aus staatlichen Aufgaben und ergänzenden ehrenamtlichen Betätigungen. Und insofern finde ich es sehr, sehr gut, dass ergänzend „wellcome“ existiert.

Vor über fünf Jahren, nach dem Fall Kevin, haben Sie eine bessere Vernetzung zwischen Gesundheitswesen und Jugendämtern gefordert, um bei Missbrauchsfällen schnell eingreifen zu können. Hat sich da inzwischen etwas getan?

Ja, da hat sich etwas getan. Das Kinderschutzgesetz ist verändert worden, und alle Verantwortlichen – ob Jugendamt, ob Polizei, ob Gerichte – arbeiten jetzt sehr viel enger zusammen. Da, wo früher Informationen in einem Bereich gehalten wurden,

ist der Informationsaustausch heute nicht nur möglich, sondern erwünscht. Und es kann sogar unter bestimmten Bedingungen möglich sein, dass die, die Informationen eigentlich nicht weitergeben dürfen, von diesem Verbot entbunden werden, wenn es für das Kindeswohl absolut zwingend ist. Wir sind mit diesem Kinderschutzgesetz wirklich ein ganzes Stück vorangekommen.

„wellcome“ finanziert sich vor allem aus Spenden von Stiftungen und Unternehmen. Wie wichtig ist die Unterstützung durch die Wirtschaft?

Ich glaube, dass es ein gutes Beispiel ist, wo Wirtschaft auch Verantwortung übernimmt. Die Wirtschaft weiß: Wenn ich später gut gebildete junge Menschen als Arbeitskräfte haben möchte, dann ist es auch im Interesse der Wirtschaft, Familien in der Aufgabe der Kindererziehung zu unterstützen. Und deshalb freue ich mich, dass hier auch eine Partnerschaft mit der Wirtschaft entstanden ist. Es gibt auch öffentliche Zuschüsse, aber die Mehrzahl sind Spenden. Und ich würde auch die Wirtschaft aufrufen, sich gerade den Verein „wellcome“ noch einmal anzuschauen. Er ist wirklich gut und inzwischen auch in 15 Bundesländern existent, mit 200 Teams, das heißt, fast flächendeckend.

Unsere Gesellschaft wird immer älter und die Lasten verteilen sich zunehmend auf die junge Generation. Muss unsere Gesellschaft kinderfreundlicher werden? Was können wir als Bürger und was kann die Bundesregierung dafür tun?

Die Gesellschaft muss sicherlich kinderfreundlicher werden. Da gibt es viele Beispiele. Das eine ist, dass wir die Vereinbarkeit von Beruf und Familie besser fördern, weil glückliche, zufriedene Eltern auch für Kinder gut sind. Das heißt, wenn gerade die Eltern auch ihre persönlichen Planungen von Vereinbarkeit von Beruf und Familie verwirklichen können, ist das gut. Zum Zweiten haben wir aber auch damit zu kämpfen, dass zum Teil unsere Gesellschaft sehr sensibel geworden ist: Dass zum Beispiel Kinderlärm zum Teil Gegenstand von Klagen ist, das finden wir nicht gut. Und deshalb sind wir auch dabei, das Bundesimmissionsschutzgesetz gerade so zu verändern, dass Kinder ihren Platz in unserer Gesellschaft haben. Wir werden in der Tendenz im Durchschnittsalter älter, das ist richtig, wir werden auch weniger werden, und wir werden auch mehr Menschen mit Migrationshintergrund haben. Und umso mehr ist die Familienpolitik und alles, was sich da herum rankt, inklusive des ehrenamtlichen Engagements, wichtig für die Zukunft unserer Gesellschaft.